

SVP MARTHALEN

Zwei Zürcher Regierungsräte zu Gast in Marthalen

Im Rahmen einer Tour durch den Kanton Zürich waren am Dienstag vor zwei Wochen die beiden Zürcher Regierungsräte Finanzdirektor Ernst Stocker und Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli zu Gast in Marthalen.

RoMü. Im kommenden Februar stehen im Kanton Zürich die ordentlichen Wahlen für das Zürcher Kantonsparlament und den Regierungsrat an. Im Rahmen dieser Wahlkampftouren machten am vergangenen Dienstagabend die beiden SVP-Regierungsratsmitglieder Ernst Stocker und Natalie Rickli halt in Marthalen, wo zum grossen Raclette-Plausch auf dem Betriebsareal der Stutz AG eingeladen wurde. Einleitend erinnerte Kantonsrat Paul Mayer daran, dass die SVP eine Petition lanciert hat, um sich gegen die Absicht der Baudirektion und des grünen Baudirektors Martin Neukom für die Überführung von rund 1300 ha, davon allein rund 100 ha im Weinland, Kulturland in Riet zu wehren. Auf dieser Fläche können gemäss Mayer 41 600 Personen ernährt werden. «Dieses Ziel steht auch im Widerspruch zum Bevölkerungswachstum. Denn in diesem Jahr wollen zusätzliche 200 000 Menschen in der Schweiz ernährt werden», sagte Mayer.

Regierungspräsident Ernst Stocker reiste aus der südlichsten Zürcher Gemeinde Wädenswil an und nutzt dies auch, um den Unterschied mit anderen Kantonen aufzuzeigen. Seine Ratskollegen können in Basel jederzeit mit dem «Träml» innert weniger Stunden von einem zum anderen Ort fahren und sind somit nicht auf das Auto angewiesen. «Für mich ist das schöne Weinland eine Region, wo die Welt noch in Ordnung ist», hielt Stocker fest. Daran soll sich nichts ändern, indem er auf ein gutes Wahljahr setzt. Doch dafür muss es gelingen, die Bevölkerung an die Urne zu bringen, um den aktuell politischen Kräften neue Mehrheiten zu geben. «Wir sind im Wirtschaftskanton Zürich verpflichtet, Lösungen zu ermöglichen, damit es der Bevölkerung auch weiterhin gut geht», sagte Stocker. Mit Blick auf die aktuelle Versorgungslage zeigte sich Stocker überzeugt, dass diese als Folge einer falschen Politik selber verschuldet ist. «Was hier passiert ist, können viele nicht nachvollziehen.» Dass eine solide Politik gefragt ist und



Engagiert wollen sich Andrina Trachsel, Matthias Stutz, Ernst Stocker, Natalie Rickli, Paul Mayer und Stefan Stutz für bürgerliche Anliegen im Regierungs- und Kantonsrat einsetzen.

Bild: zVg

diese auch handlungsfähig in Krisenzeiten ist, zeigte Stocker rückblickend auf die Coronazeit auf. «Hier widerspiegelt sich die wirtschaftliche gewichtige Bedeutung des Kantons Zürich. Wir haben allein an Unternehmen und Betriebe 1,4 Milliarden Franken Kurzarbeitsentschädigungen ausbezahlt. Im Kanton Bern waren es nur 500 Mio. Franken», sagte Stocker. Gerade mit Blick auf die Zukunft und die Finanzen mahnte Stocker zur Zurückhaltung und auch etwas Bescheidenheit. So dürfen wir jetzt nicht einfach sorglos gemachte Schulden der nächsten Generation übergeben. Für ihn zeigt gerade die hohe Inflation in den Niederlanden mit über 11 Prozent auf, wohin eine falsche Politik mit zu grosszügigen Finanzausgaben führen kann.

Durch den EWR politisch aufgeweckt worden

«Der EWR-Abstimmungskampf während meiner Lehre war der Grund, warum ich politisch interessiert und aktiv wurde», hielt Regierungsrätin Natalie Rickli fest. Deshalb gilt für sie immer noch der Slogan «Für eine sichere Zukunft in Freiheit». Mit der Corona-Pandemie wurde aber aufgezeigt, dass Freiheit nicht immer selbstverständlich ist und davon die Gesellschaft rund um den Erdball betroffen war. Mit Blick auf

die aktuelle Energieversorgung zeigte sie sich überzeugt, dass nun die SVP mit ihrem damaligen Widerstand rückblickend recht erhalten hat. «Wir können auch hier mit Inhalten überzeugen und sind in der Energiepolitik auf dem richtigen Weg», so Rickli. Ihre Direktion war insbesondere während der Coronakrise gefordert, wo es galt, die unterschiedlichsten Interessen unter einen Hut zu bringen und zugleich die Bevölkerung zu schützen. Die Zürcher Gesundheitsdirektion ist durchaus ein sehr grosser Laden, wie Rickli in Erinnerung rief. So unterstehen dieser über 50 Spitäler, 250 Heime oder rund 3500 frei praktizierende Ärzte, was die Arbeit für sie auch herausfordernd, spannend und sehr anspruchsvoll macht. Dies auch vor dem Hintergrund der steigenden Kosten, welche sich ständig in höheren Krankenkassenprämien niederschlagen.

Hier appellierte sie an die Selbstverantwortung der Bürger, nicht einfach bei jedem Fall den Arzt oder den Notfall aufzusuchen, die Nummer 144 zu wählen, sondern zuerst selber beispielsweise mit Hausmitteln tätig zu werden. «Es darf nicht sein, dass man wegen einem einfachen Fiebers die Nummer 144 wählt und durch den Krankenwagen abgeholt wird», hielt sie aufgrund von Erfahrungen mahnd fest.

DIE SVP IST SPITZENREITER

Stimmverhalten der Zürcher Kantonsräte bei Themen des Hauseigentums

Der Hauseigentümergebiet Region Winterthur hat das Abstimmungsverhalten im Zürcher Kantonsrat bei Themen zum Hauseigentum analysiert. Das Ergebnis zeigt, dass sich alle Kantonsräte der SVP, EDU und FDP für die Wohneigentümer einsetzen. Bei der Mitte sind es nur zwei Kantonsrätinnen. Bei den übrigen Parteien stossen die Interessen der Wohneigentümer auf kein Gehör.



Ralph Bauert
Geschäftsführer HEV
Region Winterthur



Im Zürcher Kantonsrat werden zahlreiche Geschäfte behandelt, welche die Wohneigentümer direkt betreffen. Nur wenn gegen einen Beschluss vom Kantonsrat das Referendum ergriffen wird, kann das Zürcher Stimmvolk darüber entscheiden. Das letzte Mal war dies der Fall beim Energiegesetz, über welches die Stimmberechtigten am 28. November 2021 entscheiden konnten. In allen anderen Fällen entscheidet der Kantonsrat, ohne dass die Wohneigentümer mitentscheiden können. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass im Kantonsrat Personen sitzen, welche die Interessen der Wohneigentümer vertreten und bei Abstimmungen zu Hauseigentumsthemen entsprechend abstimmen.

Kantonsräte für das Wohneigentum

In der laufenden Legislatur vom Zürcher Kantonsrat hat der Hauseigentümergebiet Region Winterthur das Wahlverhalten im Zusammenhang mit Wohneigentum analysiert. Dabei wurde bei 31 Abstimmungen, bei welchen es um Wohneigentumsthemen ging, das Abstimmungsverhalten der 180 Kantonsrätinnen und Kantonsräte ausgewertet und ein Rating erstellt. Das Rating vom Hauseigentümergebiet gibt eine Übersicht, wie stark sich die einzelnen Kantonsräte für die Interessen der Wohneigentümer eingesetzt haben. Die Auswertung zeigt, dass sich 78 Kantonsräte für die Interessen der Wohneigentümer engagieren, diese haben ein Rating von mindestens 50 Prozent erreicht.

Parteien für das Wohneigentum

Im Zürcher Kantonsrat setzen sich drei Parteien für die Interessen der Haus- und Wohneigentümer ein. Bei der SVP, EDU und FDP erreichten auch alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte ein Rating von über 50 Prozent. Mit 80 Prozent haben SVP und EDU das beste Resultat erreicht, die FDP folgt mit 70 Prozent auf dem dritten Platz und stimmt damit in mehr als zwei Dritteln der Abstimmungen für das Wohneigentum. Mit einem grösseren Abstand folgt mit 46 Prozent die Mitte auf dem vierten

Platz. Die übrigen Parteien erreichten ein Rating von 18 bis 28 Prozent und haben damit überwiegend gegen die Interessen der Wohneigentümer gestimmt. Bei diesen Parteien ist erwähnenswert, dass die GLP in knapp drei viertel der Abstimmungen gegen die Interessen der Wohneigentümer gestimmt hat und dass die EVP mit 18 Prozent das tiefste Rating erreichte.

Studie HEV Region Winterthur

Interessant ist der Vergleich vom klassischen Links-Rechts-Schema der Parteien mit dem HEV-Rating. Während sich die bürgerlichen Parteien SVP, EDU und FDP erwartungsgemäss für das Wohneigentum einsetzen, verhält sich die Mitte-Partei beim Thema Wohneigentum ausgeglichen. Die GLP und EVP, welche im Links-Rechts-Schema ebenfalls in der Mitte eingeordnet werden, sprechen sich im Zürcher Kantonsrat dagegen deutlich gegen das Hauseigentum aus. Die GLP positioniert sich mit knapp 26 Prozent nahe bei der SP und die EVP liegt mit 18 Prozent sogar auf dem letzten Platz, hinter der AL und den Grünen. Bei den linken Parteien überrascht dagegen die AL. Im Links-Rechts-Schema liegt die AL ganz links, beim Wohneigentum erreicht sie mit 22 Prozent aber ein besseres Resultat als die Grünen oder die EVP. Aus der Analyse kann folgender Schluss gezogen werden: SVP, EDU und FDP unterstützen klar die Interessen der Wohneigentümer, die Mitte nur knapp in der Hälfte der Fälle.

Die beiden anderen Mitte-Parteien, GLP und EVP, sind keine Unterstützer des Wohneigentums und stimmen gleich wie Links-Grün.

Link zur HEV-Studie:
«Wohneigentum und Politik im Kanton Zürich»



SVP RUSSIKON

Die SVP Russikon startet ins Wahljahr 2023

An der Standaktion vor dem Spar-mini-Dorfladen und beim Ehriker Beck wurde Interessierten einiges geboten.

Die SVP-Kandidatin und ihre Kollegen für die Kantonsratswahlen 2023 des Bezirks nutzten die Gunst der Stunde, um sich der Bevölkerung vorzustellen. Die Besucherinnen und Besucher nahmen die Gelegenheit wahr und es konnten etliche Diskussionen und Gespräche geführt werden. Obwohl unsere Kandidierenden sicherlich bereits gut bekannt und vernetzt sind, geht nichts über ein persönliches Gespräch.

Emsiges Treiben herrschte an unserem Stand. Es wurden eifrig Unterschriften gesammelt. Nicht weniger als vier verschiedene Sammelbogen lagen auf.

Das Referendum der SVP gegen das Stromfresser-Gesetz, welches auf breiter Ebene die bürgerliche Unterstützung

finden dürfte. Auch der SVP ist klar, dass mit dem Verbrauch fossiler Energieträger ein haushälterischer Umgang angezeigt ist. In blindem Wahn sämtliche Alternativen zum elektrischen Strom zu verbieten, ist nicht die Lösung! Die Versorgungslage mit Elektrizität muss zuerst sichergestellt sein. Bereits heute, ohne die komplette Umstellung auf elektrisch betriebene Fahrzeuge und Heizungen, reicht der Strom bei Weitem nicht aus. Die CO₂-Bilanz wird nicht besser, wenn Verbrennungsmotoren und Öl-Heizungen verboten werden und stattdessen Strom mit fossiler Energie erzeugt werden muss. Über das «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und

die Stärkung der Energiesicherheit» soll unbedingt der Souverän entscheiden.

Des Weiteren lagen Unterschriftenbogen zur SRG-Initiative «200 Franken sind genug!», zur «Anti-Chaoten-Initiative» und zur «ÖV-Initiative» auf. Letztere wurde durch die FDP lanciert und wird durch die SVP unterstützt.

Die Bevölkerung machte regen Gebrauch und es kamen erfreulich viele Unterschriften zusammen.

Der Anlass sollte nicht nur trocken politisch sein. Bei einem wärmenden Apfelpunsch oder Glühwein konnte miteinander diskutiert werden.

Stefan Fehr, Vizepräsident SVP Russikon

SRG

200 Fr. sind genug!

srg-initiative.ch

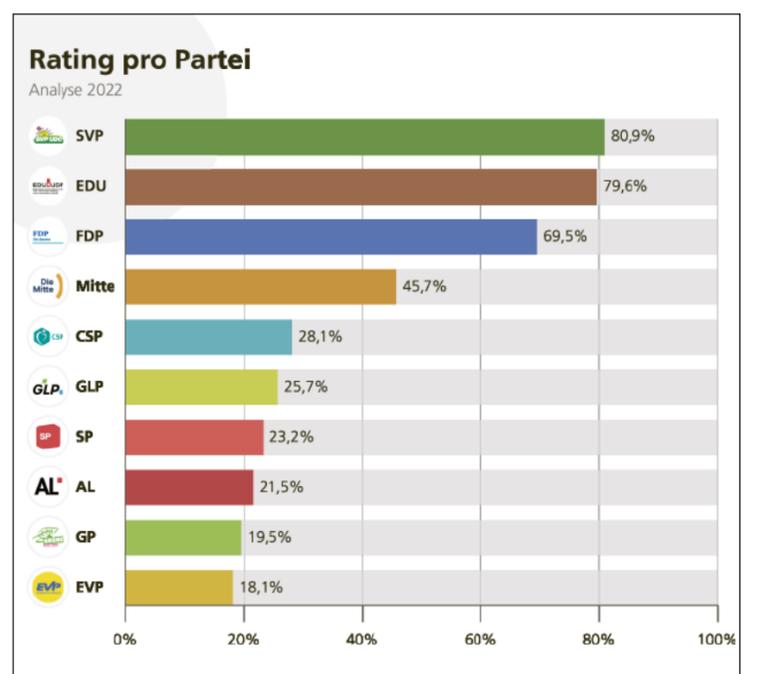
Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerbetreibende werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch



Die SVP ist an der Spitze der Parteien, die sich für das Wohneigentum einsetzen.